

**Büro Stuttgart**  
GENO Haus  
Heilbronner Straße 41  
D-70191 Stuttgart  
Fon (0711) 601 701-0  
Fax (0711) 601 701-99

Prof. Dr. Klaus-Peter Dolde\*\*  
Dr. Rainard Menke\*\*  
Dr. Andrea Vetter\*  
Dr. Winfried Porsch\*  
Dr. Tina Bergmann\*  
Dr. Bernd Schieferdecker\*  
Dr. Moritz Lange\*  
Dr. Matthias Hangst\*  
Dr. Maria Marquard\*  
Dr. Raphael Pompl  
Dr. Jonathan Dollinger

---

**Büro Bonn**  
Rheinauen Carré  
Mildred-Scheel-Straße 1  
D-53175 Bonn  
Fon (0228) 323 002-0  
Fax (0228) 323 002-99

Prof. Dr. Thomas Mayen\*  
Dr. Markus Deutsch\*  
Dr. Barbara Stamm\*  
Dr. Christian Stelter\*  
Dr. Elena Freiburg  
Dr. Sebastian Nellesen  
Dr. Lukas Knappe

## **GUTACHTERLICHE STELLUNGNAHME**

### **zu den Rechtsschutzmöglichkeiten gegen die Regelung über die Freistellung von Bahnbetriebszwecken - § 23 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) in der seit dem 29.12.2023 geltenden Fassung**

erstattet im Auftrag der Landeshauptstadt Stuttgart

von Dolde Mayen & Partner Rechtsanwälte  
Partnerschaftsgesellschaft mbB

hier:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht  
Dr. Winfried Porsch

15. Oktober 2024

## Inhaltsverzeichnis

<b>I.</b>	<b>Ausgangslage .....</b>	<b>3</b>
1.	Ankauf der Grundstücke des Gleisvorfeldes für die Entwicklung des neuen Stadtteils Stuttgart Rosenstein .....	3
2.	Neufassung des § 23 AEG durch Gesetz vom 22.12.2023 .....	5
3.	Gesetzgebungsverfahren .....	7
4.	Entscheidungspraxis des EBA zu § 23 AEG .....	9
5.	Forderung nach einer Neuregelung .....	13
6.	Fragestellung .....	14
<b>II.</b>	<b>Zulässigkeit der kommunalen Verfassungsbeschwerde zum BVerfG .....</b>	<b>14</b>
1.	Rechtsgrundlagen .....	14
2.	Beschwerdefähigkeit .....	14
3.	Beschwerdegegenstand .....	15
4.	Beschwerdebefugnis .....	16
5.	Rechtswegerschöpfung und allgemeiner Grundsatz der Subsidiarität .....	18
6.	Beschwerdefrist .....	19
7.	Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis .....	19
8.	Annahmenvoraussetzungen .....	20
<b>III.</b>	<b>Begründetheit der kommunalen Verfassungsbeschwerde .....</b>	<b>21</b>
1.	Prüfungsmaßstab .....	21
2.	Kommunale Selbstverwaltungsgarantie – Planungshoheit .....	23
3.	Unverhältnismäßiger Eingriff in die kommunale Planungshoheit durch § 23 AEG .....	26
4.	Vertrauensschutz .....	29
5.	Unterbliebene Anhörung der betroffenen Gemeinden .....	31
6.	Fazit zur kommunalen Verfassungsbeschwerde .....	31
<b>IV.</b>	<b>Fachgerichtlicher Rechtsschutz .....</b>	<b>31</b>

## I. Ausgangslage

### 1. Ankauf der Grundstücke des Gleisvorfeldes für die Entwicklung des neuen Stadtteils Stuttgart Rosenstein

- a) Mit dem Projekt Stuttgart 21 wird anstelle des bestehenden 16-gleisigen Stuttgarter Kopfbahnhofs ein 8-gleisiger, tiefergelegter und gegenüber der bisherigen Gleisanlage um 90° aus der Tal-Längsrichtung in die Tal-Querrichtung gedrehter Durchgangsbahnhof errichtet. Der neue Durchgangsbahnhof wird unterirdische Zulaufstrecken aus Zuffenhausen und Bad Cannstatt sowie aus Untertürkheim sowie über den neuen Fildertunnel angebunden. Mit den neuen Tunnelstrecken und einer neuen Neckarbrücke bei Bad Cannstatt entsteht eine Ringstrecke. Die bisherigen Zulaufstrecken zum Kopfbahnhof werden nicht mehr benötigt. Die vorhandenen Abstell- und Wartungsanlagen am Rand des Rosensteinparks werden in den Güterbahnhof Untertürkheim verlegt.

Auf diese Weise werden im Stuttgarter Talkessel rund 85 ha Bahnflächen für eine andere städtebauliche Nutzung frei.

- b) Die Landeshauptstadt Stuttgart (LHS) hat mit Kaufvertrag vom 21.12.2001 die nach der Inbetriebnahme des Durchgangsbahnhofs frei werdenden Gleisflächen von der Deutsche Bahn AG und der DB Netz AG (heute DB InfraGO AG) erworben. Der Besitzübergang der kaufgegenständlichen Flächen erfolgte überwiegend zum 31.12.2001. Da die Flächen allerdings noch für den Eisenbahnbetrieb benötigt wurden, sind die Deutsche Bahn AG und die DB Netz AG (im Folgenden auch: die Verkäufer) auf der Grundlage einer Nutzungsvereinbarung berechtigt, die Flächen weiter zu nutzen.

Nach der Zahlung des Kaufpreises ist mittlerweile auch das Eigentum an den für das Städtebauprojekt Stuttgart Rosenstein benötigten Flächen des Gleisvorfeldes auf die LHS übergegangen.

Das Bundesverwaltungsgericht hat mit Urteil vom 05.07.2018 (BVerwG 3 C 21.16) entschieden, dass die DB Netz AG nicht nach § 11 AEG verpflichtet ist, die oberirdischen Anlagen des Stuttgarter

Kopfbahnhofs nach Inbetriebnahme des neuen Durchgangsbahnhofs Dritten zur Weiternutzung anzubieten. Keine der Voraussetzungen, unter denen nach § 11 AEG ein Stilllegungsverfahren geboten sei, liege vor. Der Betrieb von Strecken werde nicht eingestellt, weil sämtliche Verbindungen von und zum Stuttgarter Hauptbahnhof erhalten bleiben. Es werde auch kein betriebswichtiger Bahnhof stillgelegt, denn der Stuttgarter Hauptbahnhof werde nach dem Umbau mit den bisherigen Verknüpfungsmöglichkeiten als Durchgangsbahnhof weiterbetrieben.

- c) Die LHS beabsichtigt, auf den Flächen des Gleisvorfeldes nach der Inbetriebnahme des Durchgangsbahnhofs den neuen Stadtteil „Stuttgart Rosenstein“ zu entwickeln. Das Wohnbauprojekt Stuttgart Rosenstein umfasst die Schaffung von bis zu 5.700 Wohnungen für über 10.000 Menschen.

Der Gemeinderat der LHS hat im Oktober 2023 den städtebaulichen Rahmenplan für den neuen Stadtteil Stuttgart Rosenstein beschlossen.

Nach Aufgabe des Eisenbahnbetriebs wurden die ersten Teilflächen des Gleisvorfeldes bereits an die LHS zur Nutzung übergeben. Für Teilflächen im Teilgebiet C 1 hat die LHS am 24.05.2022 beim EBA die Freistellung der städtischen Grundstücke von Bahnbetriebszwecken nach § 23 AEG beantragt. Der Antrag umfasst mehrere Grundstücke im inneren Nordbahnhof. Mit Bescheid des EBA vom 21.01.2023 wurden die vom Antrag erfassten Grundstücke nach § 23 AEG von Bahnbetriebszwecken freigestellt. Zur Begründung wurde dargelegt, dass die früher auf den vom Antrag erfassten Flurstücken vorhandenen Betriebsanlagen der Eisenbahn zurückgebaut bzw. einem anderen Zweck zugeführt wurden. Für diese Flurstücke bestehe kein Verkehrsbedürfnis mehr, die Nutzung der Infrastruktur im Rahmen der Zweckbestimmung sei nicht mehr zu erwarten. Die Freistellung von Bahnbetriebszwecken stehe nicht im Widerspruch zu bundesrechtlichen oder landesrechtlichen Planungen.

Nachdem gegen den Freistellungsbescheid Widerspruch erhoben wurde, wurde auf Antrag der LHS am 07.07.2023 die sofortige Vollziehung des Freistellungsbescheides angeordnet. Gegen den Freistellungsbescheid ist eine Klage beim VGH Baden-Württemberg anhängig (5 S 1629/23).

Für große Teile des von der Freistellung erfassten Gebiets hat der Gemeinderat der LHS den Bebauungsplan „Maker City (Stgt 151)“ am 06.06.2024 als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan ist die Rechtsgrundlage für ein Quartier mit neuen ökologisch-sozialen Wohnformen und gemischter Nutzung. Er soll zudem die Errichtung einer Ausweich-Spielstätte der Württembergischen Staatstheater während der geplanten Sanierung der Oper ermöglichen.

## 2. Neufassung des § 23 AEG durch Gesetz vom 22.12.2023

- a) § 23 AEG wurde durch Art. 3 Nr. 13 des Gesetzes zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/1187 über die Straffung von Maßnahmen zur rascheren Verwirklichung des transeuropäischen Verkehrsnetzes vom 22.12.2023 neu gefasst (BGBl. 2023 I Nr. 409, ausgegeben am 28.12.2023).

Eine Gegenüberstellung mit dem Text der alten und der neuen Fassung (Quelle: [www.buzer.de](http://www.buzer.de)) ist dieser gutachterlichen Stellungnahme als **Anlage** beigelegt.

- b) Kern der Neufassung des **§ 23 Abs. 1 AEG** ist die Stärkung des Bahnbetriebszwecks von Grundstücken im Rahmen der Freistellungsentscheidung.

Nach der alten Fassung des § 23 Abs. 1 AEG wurde die Freistellung von Bahnbetriebszwecken festgestellt, wenn kein Verkehrsbedürfnis mehr besteht und langfristig eine Nutzung der Infrastruktur im Rahmen der Zweckbestimmung nicht mehr zu erwarten ist.

Nach der Neufassung des § 23 Abs. 1 AEG liegt der Bahnbetriebszweck eines Grundstücks, das Betriebsanlage einer Eisenbahn ist

oder auf dem sich eine Betriebsanlage einer Eisenbahn befindet, im „überragenden öffentlichen Interesse und dient der Aufrechterhaltung sowie der Weiterentwicklung der Eisenbahninfrastruktur im Rahmen der kurz-, mittel- oder langfristig prognostizierbaren zweckentsprechenden Nutzung.“

- c) Weitgehende Änderungen enthält auch die Neufassung des **§ 23 Abs. 2 AEG**.

In der bisherigen Fassung enthielt die Vorschrift verfahrensrechtliche Regelungen über die zu beteiligenden Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie die Bekanntmachung der Entscheidung.

Die Neufassung enthält neben diesen verfahrensrechtlichen Regelungen nunmehr ausdrücklich eine Bestimmung, dass die zuständige Planfeststellungsbehörde für das Grundstück auf Antrag die Freistellung von den Bahnbetriebszwecken feststellt, wenn „das Interesse des Antragstellers an der Freistellung das in Absatz 1 genannte, überragende öffentliche Interesse überwiegt“.

Außerdem ist wie bisher Voraussetzung für die Freistellungsentscheidung, dass kein Verkehrsbedürfnis mehr besteht und langfristig eine Nutzung der Infrastruktur im Rahmen der Zweckbestimmung nicht mehr zu erwarten ist.

Nach dem Gesetzeswortlaut erfolgt nunmehr – anders als nach der früheren Gesetzesfassung – eine Abwägung im Rahmen der Freistellungsentscheidung. Die Freistellung kann danach nur ergehen, wenn das Interesse des Antragstellers an der Freistellung das überragende öffentliche Interesse an der Aufrechterhaltung des Bahnbetriebszwecks überwiegt.

- d) Nach dem neugefassten **§ 23 Abs. 3 AEG** hat der Antragsteller die ihm bekannten erheblichen Tatsachen, die für eine Freistellung des Grundstücks von Bahnbetriebszwecken nach Absatz 2 vorausgesetzt werden, vollständig offen zu legen und ist zur Mitwirkung bei der Ermittlung des Sachverhalts verpflichtet.

Diese Regelung formuliert gesteigerte Mitwirkungspflichten des Antragstellers. Entsprechende Mitwirkungsobliegenheiten, deren Nichterfüllung zu verfahrensrechtlichen Nachteilen führen kann, bestehen grundsätzlich auch nach allgemeinen verwaltungsverfahrensrechtlichen Vorschriften (vgl. § 10 und § 26 Abs. 2 VwVfG, dazu Ramsauer/Schlatmann, in: Kopp/Ramsauer, VwVfG, 25. Aufl. 2024, § 24 Rn. 12 ff.; zu den Anforderungen an den Antrag nach § 23 AEG a. F. vgl. Hermes, in: Hermes/Sellner, Beck'scher AEG-Kommentar, 2. Aufl. 2014, § 23 Rn. 32).

- e) In der Neufassung des **§ 23 Abs. 4 AEG** wurde geregelt, dass ausdrücklich auch kommunale Verkehrsunternehmen vor der Freistellungsentscheidung anzuhören sind. Außerdem ist der Bundesnetzagentur Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- f) Durch die Neufassung des **§ 23 Abs. 5 AEG** wird klargestellt, dass mit der Freistellungsentscheidung die eisenbahnrechtliche Fachplanungshoheit endet und das Grundstück der kommunalen Planungshoheit unterliegt.

Einschränkend wurde ergänzt, dass dies nur gilt „soweit keine vorrangige künftige Nutzung für den Betrieb von Verkehrssystemen nach dem Personenbeförderungsgesetz“ erfolgen soll. In diesem Fall stellt die Planfeststellungsbehörde in Abstimmung mit der hierfür zuständigen Landesbehörde die Freistellungsentscheidung unter den Vorbehalt einer künftigen Zweckbestimmung für den öffentlichen Personenverkehr.

- g) Die Neufassung des **§ 23 Abs. 6 AEG** enthält Regelungen über die Zustellung der Entscheidung.

### 3. Gesetzgebungsverfahren

- a) Im ursprünglichen Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 17.05.2023 (BT-Drs. 20/6879) war die Neufassung des § 23 AEG noch nicht enthalten.

- b) Die Neufassung des § 23 AEG wurde im Gesetzgebungsverfahren durch den Verkehrsausschuss ergänzt (Beschlussempfehlung und Bericht des Verkehrsausschusses (15. Ausschuss), BT-Drs. 20/8922, S. 19 ff.).

Zur Begründung der Neufassung des § 23 AEG führt der Verkehrsausschuss Folgendes aus (BT-Drs. 20/8922):

**„Zu Absatz 1**

*Der neu vorangestellte Absatz 1 dient der Klarstellung des Vorrangs des Erhalts von Eisenbahninfrastruktur auch für künftige Nutzungen. Die eisenbahnrechtliche Zweckbestimmung erfolgt auf das Grundstück bezogen und umfasst alle Betriebsanlagen im Sinne des AEG und damit auch Serviceeinrichtungen. Der Bezug auf die Betriebsanlagen wird aus der bestehenden Regelung übernommen.*

**Zu Absatz 2**

*Folgeänderung von Satz 1. Das überragende öffentliche Interesse wird als Abwägungskriterium für die Entscheidung auf Freistellung des Grundstücks von der eisenbahnrechtlichen Zweckbestimmung hervorgehoben. Mit diesen ihm zugefügten Abwägungskriterium wird der strenge Maßstab, der bei gebundenen Verwaltungsentscheidungen anzulegen ist, nochmals verstärkt. Satz 5 wird unverändert aufgrund des Sachzusammenhangs in Absatz 5 (neu) übernommen und dort vorangestellt.*

**Zu Absatz 3**

*Diese Regelung konkretisiert die Mitwirkungspflicht nach § 26 Absatz 2 VwVfG. Die Verpflichtung zur vollständigen Offenlegung erheblicher Tatsachen durch den Antragsteller ergänzt die aufgrund des Amtsermittlungsgrundsatzes durchzuführende Aufforderung an betroffene Kreise, zu der beantragten Freistellung von Eisenbahnbetriebszwecken eine Stellungnahme abzugeben. Die Aufforderung zur Stellungnahme wird weiterhin im Bundesanzeiger bekanntgegeben.*

**Zu Absatz 4**

*Um den Nachweis des fehlenden Verkehrsbedürfnisses seitens der Planfeststellungsbehörde umfassend überprüfen zu können,*



*wird der Bundesnetzagentur Gelegenheit gegeben, zu dem Freistellungsvorhaben und den Erläuterungen im Antrag Stellung zu nehmen. Durch die Beteiligung der kommunalen Verkehrsunternehmen wird sichergestellt, dass deren Planungen für eine mögliche Nutzung der Flächen für den öffentlichen Verkehr im Rahmen des Entwicklungsverfahrens bekannt werden und die Planfeststellungsbehörde bei Bedarf einen Vorbehalt nach Absatz 5 vorsehen kann.*

#### **Zu Absatz 5**

*Grundstücke, die nicht mehr für eisenbahnbetriebliche Zwecke benötigt werden, die aber für eine künftige Nutzung als Betriebsanlage für den öffentlichen Personenverkehr in Betracht kommen, sollen soweit wie es im Freistellungsverfahren nach § 23 AEG festgestellt wird, unter Vorbehalt in die kommunale Planungshoheit übergehen. Damit wird sichergestellt, dass mit Blick auf die künftige Nutzung des Grundstücks als Betriebsanlage des öffentlichen Personenverkehrs keine kommunalen Planungsvorhaben vorweggenommen werden, die einer solchen Nutzung im Weiteren entgegenstehen könnten. Die Anwendung von § 28 Personenbeförderungsgesetz bleibt hiervon unberührt.*

#### **Zu Absatz 6**

*Der bisherige Absatz 3 wird unverändert in Absatz 6 überführt.“*

### **4. Entscheidungspraxis des EBA zu § 23 AEG**

- a) Das EBA vertritt zur Neufassung des § 23 AEG die Auffassung, dass eine Freistellung nur noch erfolgen könne, wenn auf den Flächen Vorhaben realisiert werden sollten, die ebenfalls kraft Gesetzes im „überragenden öffentlichen Interesse“ liegen.

Damit könne eine Freistellung z. B. nur zugunsten der Landesverteidigung, von bestimmten Bundes-Fernstraßen-Vorhaben (vgl. § 1 Abs. 3 FStrAbG) oder von Wind- bzw. Solarenergieanlagen erfolgen (vgl. § 2 EEG 2023).

Der Bau von Wohnungen oder die Schaffung von Arbeitsplätzen gehöre nicht zu den Vorhaben, die im überragenden öffentlichen Interesse liegen (vgl. Schreiben des Deutschen Städtetages an seine Mitglieder vom 29.05.2024).

- b) Die Entscheidungspraxis des EBA zu Freistellungsregeln gem. § 23 AEG in der neuen Fassung des Gesetzes vom 22.12.2023 folgt im Grundsatz diesen Maßgaben.

Es gibt allerdings auch erste Entscheidungen, in denen das überragende öffentliche Interesse an der weiteren Nutzung des Grundstücks für Bahnbetriebszwecke schon dem Grunde nach verneint wird und es deshalb nicht zu einer Abwägungsentscheidung mit dem vom Antragsteller geltend gemachten Interesse an der Freistellung kommt.

Im Einzelnen:

- c) Soweit im Beteiligungsverfahren ein Planungsträger oder ein Verkehrsunternehmen Einwände gegen das Freistellungsverfahren erhebt und geltend macht, dass die Flächen weiterhin für Bahnbetriebszwecke benötigt werden, wird der **Freistellungsantrag abgelehnt**.

So hat das EBA z. B. einen Freistellungsantrag der Gemeinde **Lonsee** unter Hinweis auf die Absicht des Landes Baden-Württemberg, die Flächen für einen möglichen Bahnhof des S-Bahn-Verkehrs freizuhalten, abgelehnt. Diese Absicht überwiege die städteplanerischen Absichten der Gemeinde. Die Konzerngesellschaften der DB hatten kein Nutzungsinteresse geltend gemacht (Bescheid vom 12.04.2024 – Az.: 591pf/022-2023#017).

Ein Antrag der Gemeinde **Krauchenwies** auf Freistellung wurde aufgrund der Stellungnahmen der Stadt Meßkirch als Eisenbahninfrastrukturunternehmen Ablachtalbahn sowie des Ministeriums für Verkehr und der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg abgelehnt. Insoweit wurde ein Interesse geltend gemacht, die stillgelegte Bahnstrecke zu reaktivieren. Die Konzerngesellschaften der DB AG hatten erklärt, dass die Freistellungsflächen nicht mehr länger für Bahnbetriebszwecke benötigt werden. Zur Begründung der Entscheidung verweist das EBA darauf, dass der bisher schon strenge Maßstab, der bei der gebundenen Entscheidung über den Freistellungsantrag anzulegen war, durch die Neufassung des Gesetzes nochmals verstärkt wurde. Der Erhalt der Eisenbahninfrastruktur genieße daher

auch Vorrang im Hinblick auf künftige Nutzungen (Bescheid vom 11.07.2024 – Az.: 591pf/023-2024#002).

- d) Freistellungsanträge werden nach der neuen Gesetzeslage **positiv beschieden**, wenn für das mit der Freistellung verfolgte Projekt ein gesetzlich festgestelltes überragendes öffentliches Interesse besteht (Bescheid vom 28.02.2024 für Flächen in der **Gemeinde Weisen**/Landkreis Prignitz, Az.: 511pf/269-2305#023 – Ausbau A 14 nach FStrAbG).

Weiter erteilt das EBA die Freistellung nach der Neufassung des § 23 AEG, wenn eine Nutzung des Grundstücks für Eisenbahnbetriebszwecke nicht mehr „denkbar“ erscheint (Bescheid vom 04.03.2024, Az.: 591pf/022-2023#015 für ein Grundstück in der Stadt **Heilbronn** in isolierter Lage, als Kleingartenanlage genutzt).

Das EBA verneint ein überragendes öffentliches Interesse gem. § 23 AEG außerdem, wenn die vom Eisenbahninfrastrukturunternehmen durchgeführte Entbehrlichkeitsprüfung bestätigt, dass die Freistellungsfläche dauerhaft nicht mehr für Bahnbetriebszwecke benötigt wird, kein Planungsträger die weitere Nutzung für Bahnbetriebszwecke geltend gemacht hat und eine sinnvolle Nutzung der freizustellenden Flächen als Eisenbahnbetriebsanlage aufgrund ihrer Insellage faktisch ausgeschlossen ist. Fehle es im Einzelfall faktisch bereits an einem denkbaren Bahnbetriebszweck, könne ein überragendes öffentliches Interesse am Fortbestehen der Widmung eines Grundstücks für Bahnbetriebszwecke nicht bestehen. An einer faktisch unmöglichen Nutzung könne kein überragendes öffentliches Interesse bestehen (Bescheid vom 29.08.2024, Az.: 641pf/012-2024#003 für Grundstücke in der Gemeinde **Leverkusen**; ähnlich Bescheid vom 27.05.2024, Az.: 521pf/024-2024#002 für Grundstücke in der Gemeinde **Reichenbach/Vogtl.**; Bescheid vom 28.03.2024, Az.: 591pf/022-2023#012 für ein Grundstück in **Meckenbeuren**).

- e) Das noch laufende Freistellungsverfahren für eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme im ehemaligen **Güterbahnhof Berlin-Köpenick** zeigt, dass das EBA ein fehlendes überragendes öffentliches

Interesse an dem Fortbestand des Widmungszwecks nur in engen Grenzen feststellt.

Das EBA geht zwar wohl nicht davon aus, dass bei jedem zur Entwicklung anstehenden Grundstück ohne weitere Prüfung – gleichsam kraft gesetzgeberischer Feststellung in § 23 AEG – ein überragendes öffentliches Interesse an dem Fortbestand der Widmung für Eisenbahnbetriebszwecke besteht. Im Einzelfall stellt das EBA auch fest, dass es kein solches Interesse mehr gibt. Nach der bisherigen Entscheidungspraxis beschränkt sich diese Feststellung allerdings auf Fälle, in denen kein Planungsträger die weitere Nutzung für Bahnbetriebszwecke geltend macht und eine sinnvolle Nutzung der freizustellenden Flächen für Eisenbahnbetriebszwecke auch faktisch unmöglich ist.

Davon konnte sich das EBA wohl bisher im Freistellungsverfahren für eine mehr als 11 ha große Fläche des ehemaligen Güterbahnhofs Berlin-Köpenick nicht überzeugen. Zwar haben auch in diesem Verfahren die Unternehmen der DB AG bestätigt, dass kein Verkehrsbedürfnis mehr besteht und langfristig eine Nutzung der Infrastruktur im Rahmen der Zweckbestimmung nicht mehr zu erwarten sei. Möglicherweise ist das EBA aber der Auffassung, dass eine derart große Fläche grundsätzlich noch für Eisenbahnbetriebszwecke genutzt werden könnte und hat den Antragsteller deshalb darauf hingewiesen, dass der Freistellungsantrag abzulehnen wäre.

- f) Diese Fälle zeigen, dass die Freistellungsentscheidung regelmäßig dann zu Lasten des Antragstellers ausgeht, wenn im Rahmen der Beteiligung ein Planungsträger oder ein Verkehrsunternehmen einen weiteren Bedarf für die Nutzung als Eisenbahnbetriebsanlage geltend macht und es für das vom Antragsteller verfolgte Projekt keine gesetzliche Feststellung eines überragenden öffentlichen Interesses gibt.

Außerdem geht die Freistellungsentscheidung zu Lasten des Antragstellers aus, wenn die weitere Nutzung von Eisenbahnbetriebszwecke (z. B. wegen der Größe des Grundstücks) weiterhin faktisch möglich bzw. nur denkbar ist.

Nur in den Fällen, in denen die weitere Nutzung als Bahnbetriebszwecke faktisch unmöglich ist, wird das überragende öffentliche Interesse verneint und dem Freistellungsantrag stattgegeben.

## 5. Forderung nach einer Neuregelung

- a) Der Deutsche Städtetag hat seine Mitglieder in einem Schreiben vom 29.05.2024 über die Änderung des § 23 AEG informiert. Er hat darauf hingewiesen, dass der Deutsche Städtetag – wie auch die zuständigen Stellen der DB AG bzw. deren Tochtergesellschaften – zu der Änderung des § 23 AEG nicht beteiligt wurden. Die Regelung mache es nahezu unmöglich, auf Immobilien, die noch für Bahnbetriebszwecke gewidmet seien, die aber – auch langfristig – nicht mehr für Bahnbetriebszwecke benötigt werden, Wohnungsbauvorhaben zu verwirklichen.
- b) Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart hat in einem Schreiben vom 30.08.2024 unter anderem an den Bundesverkehrsminister, die Bundesbauministerin und alle Bundestagsabgeordneten um Unterstützung bei der Realisierung des Projekts Stuttgart Rosenstein gebeten. Die letzte Änderung des § 23 AEG blockiere die Möglichkeit, die über 85 ha Fläche im Zentrum der Landeshauptstadt Stuttgart für das Wohnungsbauprojekt Stuttgart Rosenstein zu nutzen.
- c) Auf Anfrage von Michael Donth MdB hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Herr Michael Theurer MdB mit Schreiben vom 12.08.2024 erklärt, dass sich der Bahnbetriebszweck bei Freistellungsentscheidungen in der Abwägung gegenüber anderen Belangen regelmäßig durchsetzen werde, soweit diesen Belangen gesetzlich nicht zumindest ein gleichwertiger Rang zugesprochen werden könne.

Gerade in Fällen, in denen eine Freistellung über lange Zeit planerisch und wirtschaftlich vorbereitet wurde, könne dies im Einzelfall zu Härten führen. Das Bundesministerium für Digitales und Verkehr prüfe deshalb aktuell, ob die kurzfristige Einführung einer **Übergangsregelung** für Freistellungsverfahren, die vor Inkrafttreten des Genehmigungsbeschleunigungsgesetzes beantragt wurden, Abhilfe schaffen könne.

Eine entsprechende Übergangsregelung würde dem EBA ermöglichen, über vor dem Inkrafttreten dieser Neufassung des § 23 AEG gestellte Freistellungsanträge nach der bis dahin geltenden Rechtslage zu entscheiden.

## **6. Fragestellung**

Die Landeshauptstadt Stuttgart bittet um Prüfung der Rechtsschutzmöglichkeiten gegen die Neufassung des § 23 AEG.

## **II. Zulässigkeit der kommunalen Verfassungsbeschwerde zum BVerfG**

### **1. Rechtsgrundlagen**

- a) Nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 b GG entscheidet das Bundesverfassungsgericht über Verfassungsbeschwerden von Gemeinden wegen Verletzung des Rechts auf Selbstverwaltung nach Art. 28 GG durch ein Gesetz, bei Landesgesetzen jedoch nur, soweit nicht Beschwerde beim Landesverfassungsgericht erhoben werden kann.

Die Vorschrift über die kommunale Verfassungsbeschwerde steht im unmittelbaren Zusammenhang mit Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 a GG über Verfassungsbeschwerden, die von Jedermann erhoben werden können.

- b) Die Aktivlegitimation für die kommunale Verfassungsbeschwerde wird durch die Ausführungsvorschrift des § 91 BVerfGG weiter konkretisiert. Danach können Gemeinden die Verfassungsbeschwerde mit der Behauptung erheben, dass ein Gesetz des Bundes oder des Landes die Vorschrift des Art. 28 GG verletzt. Die Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht ist ausgeschlossen, soweit eine Beschwerde wegen Verletzung des Rechtes auf Selbstverwaltung nach dem Recht des Landes beim Landesverfassungsgericht erhoben werden kann.

### **2. Beschwerdefähigkeit**

- a) Nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 b GG und § 91 Satz 1 BVerfGG sind Gemeinden beschwerdefähig. Die LHS ist damit beschwerdeberechtigt.

- b) Die Vertretungsbefugnis der Gemeinden bestimmt sich nach dem Kommunalrecht des jeweiligen Landes.

Der Oberbürgermeister vertritt die Gemeinde nach außen (§ 42 Abs. 1 Satz 2 GemO).

Die Erhebung einer Kommunalverfassungsbeschwerde wird regelmäßig nicht als Geschäft der laufenden Verwaltung eingeordnet (§ 44 Abs. 2 Satz 1 GemO). Der verfahrenseinleitende Antrag kann dementsprechend nur auf der Grundlage eines wirksamen Beschlusses des Gemeinderates gestellt werden (Bethge, in: Schmidt-Bleibtreu/Klein/Bethge, BVerfGG, Stand: Juni 2023, § 91 Rn. 23; Scheffczyk, in: Walter/Grünwald, BVerfGG, 2020, § 91 Rn. 12).

### 3. Beschwerdegegenstand

- a) Beschwerdegegenstand der kommunalen Verfassungsbeschwerde sind nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 b GG und § 91 BVerfGG ausschließlich **Gesetze** (BVerfGE 147, 185 Rn. 36).

Gesetze sind alle vom Staat erlassenen Rechtsnormen, die Außenwirkung gegenüber einer Gemeinde entfalten (BVerfGE 76, 107, 114).

Verwaltungshandeln und Gerichtsentscheidungen können dem Bundesverfassungsgericht in diesem Verfahren nicht zur Überprüfung vorgelegt werden (BVerfG, B. v. 11.05.2004 – 2 BvR 693/04, juris Rn. 8). Auch die konkrete Auslegung eines Gesetzes durch ein Gericht ist kein tauglicher Beschwerdegegenstand (Scheffczyk, in: Walter/Grünwald, BVerfGG, 2020, § 91 Rn. 19).

Die Verfassungsbeschwerde der LHS würde sich gegen § 23 AEG und damit gegen ein förmliches Bundesgesetz richten. Dies ist ein tauglicher Beschwerdegegenstand.

- b) Bundesgesetze sind im Übrigen uneingeschränkter Gegenstand der Kommunalverfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht.

Der von Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 b GG angeordnete Vorrang der Beschwerde beim Landesverfassungsgericht greift bei der Rüge der



Unvereinbarkeit von Bundesrecht mit dem Grundgesetz nicht ein (BVerfGE 1, 167, 173; Scheffczyk, in: Walter/Grünwald, BVerfGG, 2020 Rn. 53).

Die Unvereinbarkeit des § 23 AEG kann demnach von der LHS mit der kommunalen Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht angegriffen werden.

#### 4. Beschwerdebefugnis

- a) Die Gemeinde ist beschwerdebefugt, wenn sie eine mögliche Verletzung **ihres** Rechtes auf Selbstverwaltung ausreichend substantiiert behauptet (BVerfGE 119, 331, 351).

Die Kommunalverfassungsbeschwerde ist keine abstrakte Normenkontrolle, die Gemeinde muss eine Verletzung des eigenen Selbstverwaltungsrechts rügen.

Die LHS würde im Kommunalverfassungsbeschwerdeverfahren eine Verletzung ihres Rechts auf Selbstverwaltung darlegen (dazu unten III.).

- b) Die Beschwerdebefugnis setzt weiter voraus, dass die Gemeinde **selbst, gegenwärtig** und **unmittelbar** durch die angegriffene Rechtsnorm betroffen ist (BVerfGE 147, 185, Rn. 36 ff.).

Hinsichtlich der Selbstbetroffenheit und der gegenwärtigen Betroffenheit gelten die für die Jedermann-Verfassungsbeschwerde aufgestellten Grundsätze. **Selbstbetroffenheit** ist jedenfalls dann gegeben, wenn die Beschwerdeführerin Adressatin der Regelung ist. **Gegenwärtig** ist die Betroffenheit, wenn die angegriffene Vorschrift auf die Rechtsstellung der Gemeinde aktuell und nicht nur virtuell einwirkt, wenn das Gesetz die Gemeinde mit Blick auf seine künftig eintretende Wirkung zu später nicht mehr korrigierenden Entscheidungen zwingt oder wenn klar abzusehen ist, dass und wie die Gemeinde in der Zukunft von der Regelung betroffen sein wird (BVerfGE 119, 181, 212; Scheffczyk, in: Walter/Grünwald, BVerfGG, § 91 Rn. 26 f.).



Auch das Kriterium der **unmittelbaren Betroffenheit** gilt grundsätzlich für die Kommunalverfassungsbeschwerde. Bei der Jedermann-Verfassungsbeschwerde liegt die unmittelbare Betroffenheit vor, wenn die angegriffenen Rechtsnormen die Rechtsstellung des Beschwerdeführers verändern, ohne eines weiteren Vollzugsakts zu bedürfen (BVerfGE 126, 112, 133). Dieses Kriterium wird vom Bundesverfassungsgericht für die Kommunalverfassungsbeschwerde differenziert, weil Gemeinden sich anders als Grundrechtsträger mit einer Kommunalverfassungsbeschwerde nicht gegen behördliche oder gerichtliche Vollzugsmaßnahmen wehren können (BVerfGE 137, 108 Rn. 62). Würde man die Verfassungsbeschwerde nicht gegen behördliche oder gerichtliche Vollzugsmaßnahmen wehren können (BVerfGE 137, 108 Rn. 62). Würde man die Gemeinden unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Subsidiarität darauf verweisen, zunächst die für das jeweilige Rechtsgebiet zuständigen Fachgerichte anzurufen, könnten sie die Entscheidungen der Gerichte nicht mehr mit der Kommunalverfassungsbeschwerde angreifen. Dementsprechend können Gemeinden grundsätzlich nicht darauf verwiesen werden, zunächst einen gegen den Vollzugsakt eröffneten Rechtsweg zu beschreiten.

Es ist den Gemeinden allerdings auch im Rahmen der Kommunalverfassungsbeschwerde verwehrt, ein Gesetz anzugreifen, das noch der Konkretisierung durch eine Rechtsverordnung bedarf, weil mit der Kommunalverfassungsbeschwerde auch untergesetzliche Rechtsnormen mit Außenwirkung angegriffen werden können (BVerfGE 137, 108 Rn. 63).

- c) Nach diesen Grundsätzen ist die LHS durch § 23 AEG selbst, gegenwärtig und unmittelbar betroffen.

Die LHS ist nach § 23 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und 3 AEG sowohl als Grundstückseigentümerin als auch als Belegenheitsgemeinde für das Freistellungsverfahren antragsbefugt. Mit der Freistellungsentscheidung endet die eisenbahnrechtliche Fachplanungshoheit, nach § 23 Abs. 5 Satz 2 AEG unterliegt das Grundstück damit wieder der kommunalen Planungshoheit. Trägerin der kommunalen Planungshoheit

ist die LHS. Die LHS ist damit als Adressatin der Regelung antragsbefugt.

Die Betroffenheit der LHS ist auch gegenwärtig. Es ist absehbar, dass die LHS in der Zukunft von der Neufassung des § 23 AEG massiv betroffen sein wird. Nach der bisherigen Entscheidungspraxis des EBA (vgl. oben I. 5.) ist abzusehen, dass das EBA Freistellungsanträge für das Gleisvorfeld voraussichtlich ablehnen wird.

Die LHS ist schließlich auch unmittelbar von § 23 AEG in ihrem kommunalen Selbstverwaltungsrecht betroffen. Das Gesetz bedarf keiner weiteren untergesetzlichen Konkretisierung, es wird unmittelbar im Antragsverfahren angewendet. Die LHS kann nicht darauf verwiesen werden, zunächst eine ablehnende Entscheidung des EBA abzuwarten. Die LHS ist durch die Neufassung des § 23 AEG und die damit verbundene Einschränkung der Freistellungsmöglichkeiten zur Ermöglichung von Wohnungsbau bereits abstrakt betroffen. Dies ist für die Erhebung einer kommunalen Verfassungsbeschwerde ausreichend.

## **5. Rechtswegerschöpfung und allgemeiner Grundsatz der Subsidiarität**

- a) Vor Einlegung der kommunalen Verfassungsbeschwerde ist zwar grundsätzlich der Rechtsweg zu erschöpfen, § 90 Abs. 2 Satz 1 BVerfGG findet auch bei der Kommunalverfassungsbeschwerde Anwendung (BVerfGE 176, 107, 114 f.). Dies gilt jedoch nicht, soweit sich die Beschwerdeführerin gegen ein formelles und nachkonstitutionelles Gesetz wendet. Die verfassungsrechtliche Überprüfung von förmlichen und nachkonstitutionellen Gesetzen ist dem Bundesverfassungsgericht vorbehalten.
- b) Der allgemeine Grundsatz der Subsidiarität gilt bei einer Kommunalverfassungsbeschwerde gegen förmliche Parlamentsgesetze des Bundes nicht, weil es insoweit keine anderen zumutbaren prozessualen Mittel gibt, um den geltend gemachten Eingriff in die kommunale Planungshoheit zu beseitigen (BVerfGE 137, 108 Rn. 62; Scheffczyk, in: Walter/Grünwald, BVerfGG, 2020, § 91 Rn. 62).

## 6. Beschwerdefrist

- a) Für die Kommunalverfassungsbeschwerde gilt ebenso wie für die Rechtsverfassungsbeschwerde die Fristvorschrift des § 93 Abs. 3 BVerfGG (BVerfGE 147, 185 Rn. 63).

Richtet sich die Verfassungsbeschwerde gegen ein Gesetz, gegen das der Rechtsweg nicht offensteht, kann sie nur binnen eines Jahres seit dem Inkrafttreten des Gesetzes erhoben werden.

- b) Nach Art. 15 des Gesetzes zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich ist das Gesetz einen Tag nach seiner Verkündung in Kraft getreten.

Das Bundesgesetzblatt (2023 I Nr. 409) wurde am 28.12.2023 ausgegeben, das Gesetz ist am 29.12.2023 in Kraft getreten.

Für die Fristberechnung der Jahresfrist gelten §§ 187 Abs. 2 BGB i. V. m. § 188 Abs. 2, 2. Alt. BGB (B. Grünewald, in: Walter/Grünewald, BVerfGG, 2020, § 93 Rn. 80). Die Jahresfrist beginnt damit am Tag des Inkrafttretens, also am 29.12.2023 um 0 Uhr und endet am Samstag, 28.12.2024 um 24 Uhr. Da das Fristende auf einen Samstag fällt, endet die Frist nach § 193 BGB erst mit Ablauf des nächsten Werktags (BVerfGE 17, 67, 75; Hömig, in: Schmidt-Bleibtreu/Klein/Bethge, BVerfGG, Stand: Juni 2023, § 93 Rn. 87). Die Frist endet damit am

**Montag, 30.12.2024 um 24 Uhr.**

- c) Für Verfassungsbeschwerden gegen Gesetze gilt über den Wortlaut des § 93 Abs. 3 BVerfGG hinaus auch § 90 Abs. 1 Satz 1 BVerfGG. Die Kommunalverfassungsbeschwerde muss demnach binnen der Jahresfrist erhoben **und** begründet werden (BVerfGE 76, 107, 112; Scheffczyk, in: Walter/Grünewald, BVerfGG, 2020, § 91 Rn. 66).

## 7. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis

- a) Die Beschwerdeführerin muss auch ein allgemeines Rechtsschutzbedürfnis haben. Die Kommunalverfassungsbeschwerde muss also

geeignet sein, im Erfolgsfall das Rechtsschutzziel zu erreichen (BVerfGE 86, 90, 106 f.).

- b) Im Erfolgsfall wird § 23 AEG für nichtig erklärt (§ 95 Abs. 3 Satz 1 BVerfGG). Denkbar ist auch eine bloße Unvereinbarungserklärung. § 23 AEG wird daher nicht für nichtig, sondern lediglich für unvereinbar mit Art. 28 Abs. 2 GG erklärt. Dem Gesetzgeber wird aufgegeben, innerhalb einer bestimmten Frist eine verfassungskonforme Neuregelung zu schaffen (von Ungern-Sternberg, in: Walter/Grünwald, BVerfGG, 2020, § 95 Rn. 35 m. w. N.).

Mit dem Erfolgsfall verbessert sich damit die Rechtsstellung der LHS.

## 8. Annahmenvoraussetzungen

- a) Auch die Kommunalverfassungsbeschwerde bedarf der Annahme zur Entscheidung nach Maßgabe der Regelungen der §§ 93 a ff. BVerfGG (BVerfG, NVwZ-RR 1999, 353; Lechner/Zuck, BVerfGG, 8. Aufl. 2019, § 91 Rn. 95; Scheffczyk, in: Walter/Grünwald, BVerfGG, 2020, § 91 Rn. 69).

Die Verfassungsbeschwerde ist danach zur Entscheidung anzunehmen, soweit ihr grundsätzliche verfassungsrechtliche Bedeutung zukommt (**Grundsatzannahme**, § 93 a Abs. 2 a BVerfGG) oder wenn es zur Durchsetzung der kommunalen Selbstverwaltungshoheit angezeigt ist; dies kann auch der Fall sein, wenn dem Beschwerdeführer durch die Versagung der Entscheidung zur Sache ein besonders schwerer Nachteil entsteht (**Durchsetzungsannahme**, § 93 a Abs. 2 b BVerfGG).

- b) Wegen **grundsätzlicher Bedeutung** anzunehmen ist eine Verfassungsbeschwerde, wenn sie eine klärungsbedürftige verfassungsrechtliche Frage aufwirft, die über den Einzelfall hinausgehende Bedeutung hat (BVerfGE 90, 22, 24 f.). Klärungsbedürftig ist eine verfassungsrechtliche Frage, wenn sie sich nicht ohne weiteres aus dem Grundgesetz beantworten lässt und noch nicht durch die verfassungsrechtliche Rechtsprechung geklärt ist oder durch veränderte Verhältnisse erneut klärungsbedürftig geworden ist.

Vor diesem Hintergrund lassen sich gute Argumente für eine Grundsatzannahme vorbringen. Das Bundesverfassungsgericht hat sich zwar in seiner Rechtsprechung schon mehrfach mit der kommunalen Planungshoheit auseinandergesetzt (BVerfGE 56, 298, 310; 76, 107, 117 ff.). Dies spricht gegen die Klärungsbedürftigkeit der von der Neufassung des § 23 AEG aufgeworfenen verfassungsrechtlichen Fragen. Geltend gemacht werden kann aber, dass die konkrete Bestimmung der Reichweite der Planungshoheit im Zusammenhang mit Freistellungsentscheidungen durch die Neufassung des § 23 AEG erneut klärungsbedürftig geworden ist.

Die zur Klärung anstehenden Fragen der Planungshoheit im Zusammenhang mit § 23 AEG haben über den Einzelfall hinaus Bedeutung, sie stellen sich in vielen betroffenen Gemeinden. Dies lässt sich mit der Entscheidungspraxis des EBA belegen.

- c) Im Zusammenhang mit der **Durchsetzungsannahme** (§ 93 a Abs. 2 b BVerfGG) ist grundsätzlich davon auszugehen, dass ein Gesetz, das verfassungswidrig in die Selbstverwaltungsgarantie einer Gemeinde eingreift, regelmäßig auch einen schweren Nachteil im Sinne der Durchsetzungsannahme begründet (Scheffczyk, in: Walter/Grünewald, BVerfGG, § 91 Rn. 69; Lenz/Hansel, BVerfGG, § 91 Rn. 49).

Wenn die Kommunalverfassungsbeschwerde von der zuständigen Kammer des BVerfG nicht zur Entscheidung angenommen wird, liegt dies regelmäßig daran, dass sie für unzulässig oder unbegründet gehalten wird (vgl. z. B. BVerfG, B. v. 14.10.2013 – 2 BvR 1961/13, juris Rn. 2).

### III. Begründetheit der kommunalen Verfassungsbeschwerde

#### 1. Prüfungsmaßstab

- a) Prüfungsmaßstab der kommunalen Verfassungsbeschwerde ist nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 b GG grundsätzlich das Recht auf Selbstverwaltung, also die kommunale Selbstverwaltungsgarantie aus Art. 28 Abs. 2 GG.

- b) Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts folgt die Kommunalverfassungsbeschwerde, auch wenn sie ausschließlich gegen Rechtsnormen gerichtet werden kann, nicht den Regeln einer abstrakten Normenkontrolle.

Gemeinden können sich im Rahmen des Verfahrens deshalb nur eingeschränkt darauf berufen, dass eine gesetzliche Regelung über Art. 28 Abs. 2 GG hinaus auch sonstiges Verfassungsrecht verletzt. Das Bundesverfassungsgericht ist nicht befugt, im Gefolge einer zulässigen Kommunalverfassungsbeschwerde gem. § 91 BVerfGG die Begründetheitsprüfung beliebig auf andere Verfassungsbestimmungen auszuweiten (BVerfGE 137, 108 Rn. 126).

Im Rahmen der Kommunalverfassungsbeschwerde können andere Verfassungsnormen als Art. 28 Abs. 2 GG demnach nur insoweit als Prüfungsmaßstab herangezogen werden, als sie „ihrem Inhalt nach das verfassungsrechtliche Bild der Selbstverwaltung mitzubestimmen geeignet sind“ (BVerfGE 119, 331, 357).

Ist die kommunale Selbstverwaltungsgarantie berührt, obliegt dem Bundesverfassungsgericht auch die Prüfung, ob das Gesetz im Einklang mit der grundgesetzlichen Kompetenzordnung steht. Einschränkungen der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie im Sinne des Art. 28 Abs. 2 GG sind nur durch Gesetze zulässig, die kompetenzgerecht zustande gekommen sind (BVerfGE 112, 216, 221; 137, 108 Rn. 127).

Das Bundesverfassungsgericht hat außerdem im Rahmen von Kommunalverfassungsbeschwerden weitere Normen des Grundgesetzes als Prüfungsmaßstab herangezogen, etwa das Rechtsstaatsprinzip aus Art. 20 Abs. 1 GG (BVerfGE 56, 298, 311) oder die finanzverfassungsrechtlichen Garantien der kommunalen Selbstverwaltung (z. B. Art. 106 Abs. 6 Satz 2 GG, BVerfGE 125, 141, 158 f.; umfangreicher Überblick zur kommunalrechtlichen Anreicherung des Prüfungsmaßstabs bei Bethge, in: Schmidt-Bleibtreu/Klein/Bethge, BVerfGG, Stand: Juni 2023, § 91 Rn. 59 ff.).

- c) Die kommunalrechtlichen Ergänzungs- und Erstreckungsgarantien spielen für eine Kommunalverfassungsbeschwerde gegen § 23 AEG keine ausschlaggebende Rolle.

Betroffen ist die kommunale Selbstverwaltungsgarantie in der Ausgestaltung der Planungshoheit. Diese Garantie folgt unmittelbar aus § 28 Abs. 2 GG und ist deshalb Prüfungsmaßstab der Kommunalverfassungsbeschwerde.

Es bestehen auch keine Zweifel daran, dass § 23 AEG kompetenzgerecht zustande gekommen ist. Soweit die Freistellung den Eisenbahnverkehr des Bundes betrifft, gilt die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes aus Art. 73 Abs. 1 Nr. 6 a GG, im Übrigen ist das Recht der Schienenbahnen, die nicht Eisenbahnen des Bundes sind, Gegenstand der konkurrierenden Gesetzgebung (Art. 74 Abs. 1 Nr. 23 GG).

Für die Prüfung der Frage, ob die mit § 23 AEG verbundenen Einschränkungen im Sinn der Verhältnismäßigkeit, dem Rückwirkungsverbot oder dem Willkürverbot vereinbar sind, bedarf es keines grundlegenden Rückgriffs auf das Rechtsstaatsprinzip. Vielmehr ist in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts anerkannt, dass Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltungsgarantie durch Gesetze dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit genügen müssen und auch nicht durch willkürliche Gesetze erfolgen dürfen (BVerfGE 138, 1 Rn. 55; 147, 185 Rn. 80 ff.).

## **2. Kommunale Selbstverwaltungsgarantie – Planungshoheit**

- a) Art. 28 Abs. 2 GG garantiert der Gemeinde einem grundsätzlich alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft umfassenden Aufgabenbereich sowie die Befugnis zur eigenverantwortlichen Führung der Geschäfte in diesem Bereich.

Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG enthält jedoch keine Garantie des Status quo im Sinne eines einmal erreichten Aufgabenbestandes. Die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft bilden keinen ein für alle Mal feststehenden Aufgabenkreis, weil sich die örtlichen Bezüge einer



Angelegenheit mit ihren sozialen, wirtschaftlichen oder technischen Rahmenbedingungen wandeln können (dazu ausführlich BVerfGE 147, 185 Rn. 220; 137, 108, 116 ff.).

- b) Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG garantiert die kommunale Selbstverwaltung nur im Rahmen der Gesetze.

Bei der somit gebotenen gesetzlichen Ausgestaltung steht dem Gesetzgeber zwar eine erhebliche, aber keine ungebundene Gestaltungsfreiheit zu. Die Bedeutung der Gemeinden für den demokratischen Staatsaufbau bedingt einen grundsätzlichen Vorrang der kommunalen Aufgabenzuständigkeit im Bereich der Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft (BVerfGE 147, 185 Rn. 75).

Eingriffe in den von Art. 28 Abs. 2 Satz 2 GG geschützten Aufgabenbestand unterliegen den Anforderungen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes, der als Ausprägung des Rechtsstaatsprinzips auch im Staatsorganisationsrecht dort Bedeutung erlangt, wo Träger mit öffentlicher Gewalt (also die Gemeinden) mit Rechten gegenüber dem Staat ausgestattet sind. Dies ist bei der Ausgestaltung der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie durch den Gesetzgeber der Fall (BVerfGE 147, 185 Rn. 80; 138, 1 Rn. 55; 79, 127, 143 ff., 154).

Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltungsgarantie sind unter Berücksichtigung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes mithin nur zulässig, wenn sie durch Gründe des Allgemeinwohls gerechtfertigt sind sowie zur Erreichung der verfolgten Ziele geeignet, erforderlich und angemessen sind. Die Grundsätze des Vertrauensschutzes und der Bestimmtheit sind zu beachten (Mehde, in: Dürig/Herzog/Scholz, Grundgesetz, Stand: Mai 2023, Art. 28 Abs. 2 Rn. 273 ff.).

Bei der Ausgestaltung der gesetzlichen Regelungen hat der Gesetzgeber einen Einschätzungsspielraum. Die Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers ist dabei umso enger und die verfassungsgerichtliche Kontrolle umso intensiver, je mehr die Selbstverwaltungsgarantie der Gemeinden als Folge der gesetzlichen Regelung an Substanz verliert (BVerfGE 138, 1 Rn. 56; 147, 185 Rn. 81).



- c) Der Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers findet eine Grenze darüber hinaus im Kernbereich der Selbstverwaltungsgarantie.

Das Bundesverfassungsgericht hat in älteren Entscheidungen offengelassen, ob die Planungshoheit der Gemeinden zum so geschützten Kernbereich zählt (BVerfGE 56, 298, 312 f.; 76, 107, 118 f.). In neueren Entscheidungen zählt das Bundesverfassungsgericht die Planungshoheit der Gemeinden ohne weitere Begründung wie selbstverständlich zum Kernbereich der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie (vgl. BVerfGE 138, 1 Rn. 59; 147, 185 Rn. 88).

Auch im Kernbereich der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie kann der Gesetzgeber Regelungen zu Lasten der Gemeinden treffen, er unterliegt dabei nur stärkeren Bindungen. Auch die zum Kernbereich zählenden Aufgaben sind den Gemeinden nur in ihrem Grundbestand garantiert. Insofern verbietet der Schutz des Kernbereichs von Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG Regelungen, die eine eigenständige organisatorische Gestaltungsfähigkeit der Gemeinden „ersticken würden“ (BVerfGE 138, 1 Rn. 59; 91, 228, 239).

Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG gewährleistet den Wirkungskreis der Gemeinden auch in ihrem Kernbereich nur institutionell, nicht ohne weiteres aber auch individuell. Gesetzliche Einwirkungen auf die Selbstverwaltung lediglich einzelner Gemeinden können daher zulässig sein, wenn sie diesen Gemeinden bestimmte Selbstverwaltungsrechte teilweise entziehen. Vor diesem Hintergrund hat es das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass ein allgemeiner Eingriff in die kommunale Planungshoheit dann nicht vorliegt, wenn ein Gesetz den Verordnungsgebern nur ausnahmsweise zu Einschränkungen der Planungshoheit einzelner Gemeinden in räumlich klar abgegrenzten Gebieten ermächtigt (BVerfGE 76, 107, 118 f.; 56, 298, 313).

- d) Zum Inhalt der Planungshoheit ist allgemein anerkannt, dass den Gemeinden das Recht zusteht, in ihrem Gebiet die zentralen Entscheidungen über die zukünftige Gestaltung des Gemeindegebiets zu treffen.

Dies betrifft alle Pläne zur Gestaltung der städtebaulichen Entwicklung im Rahmen der eigenen Zuständigkeiten. Das zentrale Mittel für die Gestaltung der Entwicklung und damit zentraler Ausdruck der Planungshoheit sind die Bauleitpläne (BVerwGE 95, 333, 338; Mehde, in: Dürig/Herzog/Scholz, Grundgesetz, Stand: Mai 2023, Art. 28 Abs. 2 Rn. 201).

Im Verhältnis zur überörtlichen Planung ist anerkannt, dass diese die kommunale Planungshoheit in einem gewissen Grad einschränken kann. Eine überörtliche Planung darf im Ergebnis nicht dazu führen, dass der Gemeinde für wesentliche Teile ihres Gebiets eine durchsetzbare Planung unmöglich wird (BVerwGE 79, 318, 325; vgl. auch BVerfGE, 56, 298, 317 f.). Es gilt dabei der Grundsatz der Priorität, nach dem in der Konkurrenz von Bauleit- und Fachplanung diejenige Einheit auf die jeweils andere Rücksicht nehmen muss, die zeitlich später handelt (BVerwGE 100, 338, 394; 165, 166 Rn. 33).

- e) Werden Aufgaben mit relevanter kommunaler Bedeutung auf eine andere staatliche Ebene verlagert, hat das Bundesverfassungsgericht aus dem auf Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG übertragbaren Gedanken des Rechtsgüterschutzes durch Verfahren ein Mitwirkungsrecht der betroffenen Kommunen abgeleitet.

Dies soll insbesondere dann gelten, wenn und soweit eine aus dem Selbstverwaltungsrecht abgeleitete Rechtsposition durch die Wahrnehmung staatlicher Aufgaben gegenwärtig oder künftig betroffen werden kann. Die Beteiligung ist umso wirksamer auszugestalten, je gewichtiger das betroffene Gemeindeinteresse ist (BVerfGE 138, 1 Rn. 60).

### **3. Unverhältnismäßiger Eingriff in die kommunale Planungshoheit durch § 23 AEG**

- a) Nach den oben geschilderten Maßgaben kann dargelegt werden, dass § 23 AEG einen unverhältnismäßigen Eingriff in die kommunale Planungshoheit bewirkt. Dies gilt insbesondere in der Auslegung der Vorschrift, die vom EBA praktiziert wird.

- b) Die kommunale Planungshoheit wird von § 23 AEG betroffen. Wie ausgeführt beinhaltet die Planungshoheit das Recht der Gemeinde, die städtebauliche Entwicklung in ihrem Gebiet durch den Erlass von Bauleitplänen zu steuern. Solange die Flächen für Bahnbetriebszwecke gewidmet sind und diese Zweckbestimmung nicht durch eine Freistellungsentscheidung aufgehoben wird, unterliegen die Grundstücke nicht der kommunalen Planungshoheit.

Dem kann nicht entgegengehalten werden, dass die Grundstücke des Gleisvorfeldes derzeit nicht der kommunalen Planungshoheit unterliegen und dieser Zustand bereits viele Jahrzehnte, zum Teil wohl schon über hundert Jahre andauert. Auch wenn insoweit von einer „plangegebenen Vorbelastung“ der Flächen des Gleisvorfeldes auszugehen ist und die Bauleitplanung auf die Fachplanung Rücksicht zu nehmen hat (BVerwGE 165, 166 Rn. 33), ist auch bei gewidmeten Flächen im Zusammenhang mit der Freistellung von einer Berührung der kommunalen Planungshoheit auszugehen. Dies lässt sich der Grundsatzentscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 16.12.1988 (BVerwGE 81, 111, 118) entnehmen. Das Bundesverwaltungsgericht hat in dieser Entscheidung festgestellt, dass ein Wechsel der Planungshoheit von der Bahn als privilegierter anlagenbezogener Planungsträgerin zur Gemeinde als Trägerin der umfassenden gebietsbezogenen Bauplanungshoheit schon wegen der rechtstatsächlich gebotenen Eindeutigkeit öffentlich-sachenrechtlicher Rechtsverhältnisse durch einen hoheitlichen Akt erfolgen muss. Für die Gemeinde, auf deren Gebiet sich die bisherige Bahnanlage befindet, muss eindeutig feststehen, dass ehemalige Bahnanlagen und ggf. welche Teile von ihnen dauerhaft wieder in ihre umfassende, prinzipiell für das gesamte Gemeindegebiet geltende Planungshoheit fallen sollen und welche Teile von bestehenden Bahnanlagen auf absehbare Zeit weiterhin für Zwecke des Bahnbetriebs benötigt werden. Auf eine solche Willensäußerung der Bahn als auf dem Gemeindegebiet konkurrierender und privilegierter Planungsträgerin hat die Gemeinde im Interesse der Wahrung ihrer Planungshoheit einen **Anspruch**.

Danach besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem (Wiederaufleben) der Planungshoheit, die von Art. 28 Abs. 2 GG geschützt ist und der Freistellungsentscheidung nach § 23 AEG.

- c) Ein Fortbestand der eisenbahnrechtlichen Widmung von Grundstücksflächen mit der Konsequenz einer Ablehnung des Freistellungsantrags nach § 23 AEG verletzt die Planungshoheit nicht und ist mit Art. 28 Abs. 2 GG vereinbar, wenn diese Entscheidung durch Gründe des Allgemeinwohls gerechtfertigt und verhältnismäßig ist.

Sofern die Grundstücksflächen nach wie vor für Bahnbetriebszwecke benötigt werden, sind diese Voraussetzungen gegeben. Die Planungshoheit muss in diesem Fall zurückzutreten. Dies war auch schon nach der bisherigen Fassung des § 23 AEG der Fall. Wenn noch ein Verkehrsbedürfnis für die Flächen nachweisbar war, lagen die Voraussetzungen für die Freistellung nicht vor.

Die gesetzliche Regelung des § 23 Abs. 1 AEG stellt aber nicht sicher, dass ein Wiederaufleben der kommunalen Planungshoheit nur dann entfällt, wenn die Grundstücksflächen tatsächlich für eine zweckentsprechende Bahnnutzung benötigt werden. Nach der Entscheidungspraxis des EBA kann sich die kommunale Planungshoheit bei Flächen, auf denen die Fortsetzung des Eisenbahnbetriebs nicht faktisch unmöglich ist, im Ergebnis nicht gegenüber dem Bahnbetriebszweck durchsetzen. In diesen Fällen unterstellt das EBA im Einklang mit dem Wortlaut des § 23 Abs. 1 AEG einen Fortbestand des Bahnbetriebszwecks, ohne im Einzelfall zu prüfen, ob ein solcher Zweck tatsächlich kurz-, mittel- oder nur langfristig verwirklicht werden soll. Der Fachplanungsvorbehalt ermöglicht dann eine bloße Flächenbevorratung für eine Wiederaufnahme der Nutzung für Eisenbahnbetriebszwecke. Ob die Wiederaufnahme der Nutzung absehbar und wahrscheinlich ist, ist nicht entscheidungserheblich.

Im Rahmen der nach § 23 Abs. 2 Satz 1 AEG erforderlichen Abwägung kann sich dann die kommunale Planungshoheit nicht gegenüber dem Bahnbetriebszweck durchsetzen. Selbst wenn mit den gemeindlichen Planungen ein gewichtiges öffentliches Interesse verfolgt wird,

ist dieses Interesse nach der Auffassung des EBA grundsätzlich nicht geeignet, das in § 23 Abs. 1 AEG genannte überragende öffentliche Interesse zu überwiegen. Nur ein Projekt, für das selbst ein überragendes öffentliches Interesse gesetzlich festgestellt ist, kann gegenüber dem von § 23 Abs. 1 AEG fingierten überragenden öffentlichen Interesse an der weiteren zweckentsprechenden Nutzung durchsetzen.

Damit verletzt § 23 AEG die kommunale Selbstverwaltungsgarantie aus Art. 28 Abs. 2 GG. Die Planungshoheit kommt selbst dann nicht zum Tragen, wenn aktuell kein Interesse an der zweckentsprechenden Nutzung der Grundstücke für Bahnbetriebszwecke besteht. Sie wird selbst dann nicht wiederhergestellt, wenn auch langfristig kein konkretes Nutzungsinteresse festgestellt werden kann. Die potentielle Eignung der Flächen steht der Entwidmung entgegen. Insoweit ist der Eingriff unverhältnismäßig, weil er nur aus Gründen einer bloßen „Vorratshaltung“ für Bahnbetriebszwecke erfolgt, ohne dass tatsächlich ein entsprechender Nutzungszweck festgestellt wurde. Die mit § 23 Abs. 1 AEG verbundenen Einschränkungen sind damit zur Zweckerreichung weder geeignet noch erforderlich und auch nicht angemessen.

#### 4. Vertrauensschutz

- a) Der Grundsatz des Vertrauensschutzes ist ebenfalls Gegenstand der im kommunalen Verfassungsbeschwerdeverfahren zu prüfenden kommunalen Selbstverwaltungsgarantie.

Die Änderung des § 23 AEG bewirkt eine **unechte Rückwirkung**. Eine unechte Rückwirkung (auch tatbestandliche Rückanknüpfung) liegt vor, wenn eine Norm auf gegenwärtige, noch nicht abgeschlossene Sachverhalte und Rechtsbeziehungen für die Zukunft einwirkt und damit zugleich die betroffene Rechtsposition nachträglich entwertet (BVerfGE 155, 238 Rn. 130). Die belastenden Rechtsfolgen der Norm treten zwar erst nach ihrer Verkündung ein, tatbestandlich greifen sie aber in einen bereits vor der Verkündung ins Werk gesetzten Sachverhalt ein (BVerfGE 157, 177 Rn. 53).

Diese Voraussetzungen liegen hier vor. Die LHS hat die Flächen des Gleisvorfeldes bereits im Jahr 2001 erworben. Dabei wurde davon ausgegangen, dass sie nach Aufgabe des Bahnbetriebszwecks mit der Inbetriebnahme des Durchgangsbahnhofs von Bahnbetriebszwecken freigestellt werden und wieder der kommunalen Planungshoheit unterliegen.

In diesen bereits spätestens im Jahr 2001 ins Werk gesetzten Sachverhalt greift die Änderung des § 23 AEG ein. Die Freistellung kann nach der Auslegung des Eisenbahn-Bundesamts bei für Eisenbahnbetriebszwecke geeigneten Flächen selbst dann nicht mehr erfolgen, wenn die DB InfraGO AG die Nutzung für Bahnbetriebszwecke aufgibt.

- b) In der Regel ist die unechte Rückwirkung zwar verfassungsrechtlich zulässig, weil es keinen generellen Schutz des Vertrauens auf den Fortbestand von Gesetzen gibt (BVerfGE 103, 271, 287).

Die unechte Rückwirkung ist aber ausnahmsweise unzulässig, wenn folgende Voraussetzungen kumulativ vorliegen:

- das Gesetz nimmt einen Eingriff vor, mit dem der Betroffene nicht zu rechnen brauchte, den er also bei seinen Dispositionen nicht berücksichtigen konnte, und
- das Vertrauen des Betroffenen ist schutzwürdiger als die mit dem Gesetz verfolgten Anliegen (BVerfGE 103, 392, 403).

Für einen Verstoß gegen den Vertrauensschutz spricht hier die lange Planungsgeschichte des Projekts Stuttgart 21. Es war nicht damit zu rechnen, dass der Gesetzgeber die Freistellungs Voraussetzungen für Grundstücke verhindert, deren Bahnbetriebszweck im Rahmen einer grundlegenden Umgestaltung des Stuttgarter Bahnhofs aufgegeben werden soll.

- c) Die vom Bundesverkehrsministerium angedachte **Übergangsregelung** für anhängige Freistellungsanträge wäre allerdings ungeeignet,

einen möglichen Verstoß gegen den Grundsatz des Vertrauensschutzes zu beseitigen.

Das Projekt Stuttgart 21 sowie viele andere Projekte im Zusammenhang mit der Konversion von Bahnbetriebsflächen zeigen, dass es jahrzehntelange Vorlaufzeiten gibt, in denen kommunale Planungsträger mit der DB zusammenarbeiten, um die Konversion zu ermöglichen. Freistellungsanträge können erst nach Aufgabe des Bahnbetriebs gestellt werden. Mit dem Projekt wurde aber bereits lange vor diesem Zeitpunkt begonnen. Dabei wurden im Vertrauen auf den Fortbestand der bisherigen Rechtslage entsprechende Planungen durchgeführt und Verträge geschlossen.

#### **5. Unterbliebene Anhörung der betroffenen Gemeinden**

Im Zusammenhang mit der vom Bundesverfassungsgericht betonten Verpflichtung des Gesetzgebers aus Art. 28 Abs. 2 GG, vor Eingriffen in die kommunale Selbstverwaltungsgarantie den Gemeinden in geeigneter Form Gelegenheit zur Stellungnahme einzuräumen, kann ein Verfahrensfehler gerügt werden. Nachdem die Änderung des § 23 AEG erst durch den Verkehrsausschuss im Gesetzgebungsverfahren erfolgte und die kommunalen Interessenverbände dazu nicht angehört wurden, liegt auch ein Verstoß gegen die Verfahrensgarantien des Art. 28 Abs. 2 GG vor.

#### **6. Fazit zur kommunalen Verfassungsbeschwerde**

Eine kommunale Verfassungsbeschwerde der LHS gegen die Neufassung des § 23 AEG ist zulässig und hat gute Aussicht auf Erfolg.

### **IV. Fachgerichtlicher Rechtsschutz**

Für den Fall, dass das EBA gestützt auf seine bisherige Rechtsauffassung zu § 23 AEG Freistellungsanträge ablehnt, steht der LHS dagegen der Rechtsschutz zu den Verwaltungsgerichten offen.

Die Verwaltungsgerichte sind an § 23 AEG gebunden, eine verfassungskonforme Auslegung der Vorschrift ist aber möglich.

Kommt das Verwaltungsgericht zu dem Ergebnis, dass die entscheidungserhebliche Norm des § 23 AEG verfassungswidrig ist und besteht auch nicht die Möglichkeit der verfassungskonformen Auslegung, ist das Verfahren nach Art. 100 GG auszusetzen und die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts einzuholen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Porsch', written in a cursive style.

Dr. Porsch  
Rechtsanwalt



## Änderung § 23 AEG vom 29.12.2023

Ähnliche Seiten: [weitere Fassungen von § 23 AEG](#), [alle Änderungen durch Artikel 3 VGenVBG am 29. Dezember 2023](#) und [Änderungshistorie des AEG](#)

Hervorhebungen: ~~alter Text~~ , neuer Text

Änderung verpasst? **AEG ins Rechtskataster übernehmen!**

§ 23 AEG a.F. (alte Fassung) in der vor dem 29.12.2023 geltenden Fassung	§ 23 AEG n.F. (neue Fassung) in der am 29.12.2023 geltenden Fassung durch Artikel 3 G. v. 22.12.2023 BGBl. 2023 I Nr. 409
(Anzeige unveränderter Textabschnitte u. U. gekürzt - Doppelklick für Vollansicht)	
§ 23 Freistellung von Bahnbetriebszwecken	
(Text alte Fassung)  (1) <del>Die zuständige Planfeststellungsbehörde stellt für Grundstücke, die Betriebsanlage einer Eisenbahn sind oder auf denen sich Betriebsanlagen einer Eisenbahn befinden, auf Antrag des Eisenbahninfrastrukturunternehmens, des Eigentümers des Grundstücks, der Gemeinde, auf deren Gebiet sich das Grundstück befindet, oder des Trägers der Straßenbaulast einer öffentlichen Straße, der diese Grundstücke für Zwecke des Straßenbaus zu nutzen beabsichtigt, die Freistellung von den Bahnbetriebszwecken fest, wenn kein Verkehrsbedürfnis mehr besteht und langfristig eine Nutzung der Infrastruktur im Rahmen der Zweckbestimmung nicht mehr zu erwarten ist. 2 Satz 1 gilt auch für Grundstücke, auf denen sich keine Betriebsanlage mehr befindet. 3 Befindet sich auf dem Grundstück eine Betriebsanlage, für deren dauerhafte Betriebseinstellung eine Stilllegung nach § 11 zu erwirken ist, so kann die Freistellung von Eisenbahnbetriebszwecken erst nach Eintritt der Bestandskraft der Stilllegungsentscheidung erfolgen. 4 Für die Freistellungsentscheidung ist die vollständige oder teilweise Beseitigung von nicht betriebsnotwendigen Eisenbahnanlagen keine Voraussetzung. 5 Mit der Freistellungsentscheidung endet die eisenbahnrechtliche Fachplanungshoheit.</del>  <del>(2) Vor der Entscheidung nach Absatz 4 hat die Planfeststellungsbehörde</del>  1. die oberste Landesplanungsbehörde über den Eingang des Antrags auf Freistellung von Bahnbetriebszwecken zu informieren und  2. Eisenbahnverkehrsunternehmen, die nach § 1 Absatz 2 des Regionalisierungsgesetzes bestimmten Stellen, die zuständigen Träger der Landesplanung und Regionalplanung, die betroffenen Gemeinden sowie Eisenbahninfrastrukturunternehmen, soweit deren Eisenbahninfrastruktur an die vom Antrag betroffenen	(Text neue Fassung)  (1) <u>Der Bahnbetriebszweck eines Grundstücks, das Betriebsanlage einer Eisenbahn ist oder auf dem sich eine Betriebsanlage einer Eisenbahn befindet, liegt im überragenden öffentlichen Interesse und dient der Aufrechterhaltung sowie der Weiterentwicklung der Eisenbahninfrastruktur im Rahmen der kurz-, mittel- oder langfristig prognostizierbaren zweckentsprechenden Nutzung.</u>  (2) <u>1 Die zuständige Planfeststellungsbehörde stellt für ein Grundstück im Sinne des Absatzes 1 auf Antrag</u>  <u>1. des Eisenbahninfrastrukturunternehmens,</u>  <u>2. des Eigentümers des Grundstücks,</u>  <u>3. der Gemeinde, auf deren Gebiet sich das Grundstück befindet, oder</u>  <u>4. des Trägers der Straßenbaulast einer öffentlichen Straße, der diese Grundstücke für Zwecke des Radwege- und Straßenbaus zu nutzen beabsichtigt,</u>  <u>die Freistellung von den Bahnbetriebszwecken fest, wenn das Interesse des Antragstellers an der Freistellung das in Absatz 1 genannte, überragende öffentliche Interesse überwiegt, kein Verkehrsbedürfnis mehr besteht und langfristig eine Nutzung der Infrastruktur im Rahmen der Zweckbestimmung nicht mehr zu erwarten ist. 2 Satz 1 gilt auch für Grundstücke, auf denen sich keine Betriebsanlagen mehr befinden. 3 Befindet sich auf dem Grundstück eine Betriebsanlage, für deren dauerhafte Betriebseinstellung eine Stilllegung nach § 11 zu erwirken ist, so kann die Freistellung von Eisenbahnbetriebszwecken erst nach Eintritt der Bestandskraft der Stilllegungsentscheidung erfolgen. 4 Für die Freistellungsentscheidung ist die vollständige oder teilweise Beseitigung von nicht betriebsnotwendigen Eisenbahnanlagen keine Voraussetzung.</u>

Eisenbahninfrastruktur anschließt, durch öffentliche Bekanntmachung im Bundesanzeiger zur Stellungnahme aufzufordern sowie den Inhalt der Bekanntmachung zusätzlich im Internet zu veröffentlichen; die Frist zur Abgabe einer Stellungnahme soll drei Monate nicht überschreiten.

~~(3)~~<sup>1</sup> Die Entscheidung über die Freistellung ist neben dem Antragsteller dem Eisenbahninfrastrukturunternehmen, dem Eigentümer des Grundstücks und der Gemeinde, auf deren Gebiet sich das Grundstück befindet, zuzustellen. <sup>2</sup> Die oberste Landesplanungsbehörde ist über die Entscheidung zu unterrichten.

(3) Der Antragsteller hat die ihm bekannten erheblichen Tatsachen, die für eine Freistellung des Grundstücks von den Bahnbetriebszwecken nach Absatz 2 vorausgesetzt werden, vollständig offenzulegen und ist zur Mitwirkung bei der Ermittlung des Sachverhalts verpflichtet.

(4) Vor der Entscheidung nach Absatz 2 hat die Planfeststellungsbehörde

1. die oberste Landesplanungsbehörde über den Eingang des Antrags auf Freistellung von Bahnbetriebszwecken zu informieren,

2. Eisenbahnverkehrsunternehmen, die nach § 1 Absatz 2 des Regionalisierungsgesetzes bestimmten Stellen, die zuständigen Träger der Landesplanung und Regionalplanung, kommunale Verkehrsunternehmen, die betroffenen Gemeinden sowie Eisenbahninfrastrukturunternehmen, soweit deren Eisenbahninfrastruktur an die vom Antrag betroffene Eisenbahninfrastruktur anschließt, durch öffentliche Bekanntmachung im Bundesanzeiger zur Stellungnahme aufzufordern sowie den Inhalt der Bekanntmachung zusätzlich im Internet zu veröffentlichen; die Frist zur Abgabe einer Stellungnahme soll drei Monate nicht überschreiten und

3. der Bundesnetzagentur innerhalb der Frist nach Nummer 2 Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(5) <sup>1</sup> Mit der Freistellungsentscheidung endet die eisenbahnrechtliche Fachplanungshoheit. <sup>2</sup> Das Grundstück unterliegt damit der kommunalen Planungshoheit, soweit keine vorrangige künftige Nutzung für den Betrieb von Verkehrssystemen nach dem Personenbeförderungsgesetz erfolgen soll. <sup>3</sup> In diesem Fall stellt die Planfeststellungsbehörde in Abstimmung mit der hierfür zuständigen Behörde des Landes die Freistellungsentscheidung unter den Vorbehalt einer künftigen Zweckbestimmung für den öffentlichen Personenverkehr. <sup>4</sup> Es findet § 28 des Personenbeförderungsgesetzes Anwendung.

(6)<sup>1</sup> Die Entscheidung über die Freistellung ist neben dem Antragsteller dem Eisenbahninfrastrukturunternehmen, dem Eigentümer des Grundstücks und der Gemeinde, auf deren Gebiet sich das Grundstück befindet, zuzustellen. <sup>2</sup> Die oberste Landesplanungsbehörde ist über die Entscheidung zu unterrichten.

Link zu dieser Seite: <https://www.buzer.de/gesetz/1752/al188693-0.htm>